

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 32 (1991)  
**Heft:** 19

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## ZUSAMMENHÄNGE

### PLO und die Putschisten

«Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben», hatte einst Michail Gorbatschow gesagt. Einige kommen noch später.

Zur Tragik der Palästinenser gehört offenbar, dass vor allem ihre Anführer sich Radikalen und Unversöhnlichen zuwenden. Es stellt sich die Frage, ob ihnen an einem Frieden mit Israel überhaupt gelegen ist? Und liefern sie nicht selbst den Israelis stets Gegenargumente?

Die ersten Glückwunschtelegramme zum vermeintlich geglückten Sturz von Gorbatschow erhielt das Konspirationskomitee im Kreml vom irakischen Diktator Saddam Hussein und vom Präsidenten «Palästinas» und Vorsitzenden der Palästinensischen

Befreiungsorganisation (PLO), Yassir Arafat. Ihnen schloss sich der Libyer Muammar el-Ghaddafi an.

PLO-«Aussenminister» Farouk Kaddoumi zeigte sich entzückt und meinte, er sei immer über das Perestrojka-Experiment bestürzt gewesen. Palästinenser im von Israel besetzten Gasastreifen und im Westjordanland jubelten. Ihre Vertreter machten keinen Hehl aus ihrer Hoffnung, Amerikaner und Sowjets gingen wieder auf Konfrontationskurs. Nichtjüdische Demonstranten in Moskau verlangten jüngst die Schliessung der dortigen PLO-«Botschaft».

Im übrigen hatte Arafat 1989 den chinesischen «Hardliners» schon die Hand gereicht, ihnen zur Niederschlagung der Demokratie-Bewegung gratuliert.

Das sind einige der Vorzeichen, mit denen die für Oktober geplante, von Washington und Moskau initiierte Nahost-Friedenskonferenz stattfinden soll. Israel hofft, sie fände nie statt, zumindest, sie werde auf später verschoben . . . und macht eine Teilnahme von Garantien der amerikanischen Regierung für einen 10-Milliarden-Dollar-Kredit abhängig. Gedacht sei dieser für einwandernde Sowjetjuden.

Die Araber befürchten, das Geld werde für die Errichtung von Neusiedlungen in den besetzten Gebieten verwendet werden.

### Katastrojka für Castro

**Die Sowjetunion hat angekündigt, sie werde ihre Truppen aus Kuba abziehen. Nach der schiefgelaufenen Konspiration der KPdSU-Konservativen hatte die kubanische Parteizeitung «Granma» kundgetan, «was auch immer in der Sowjetunion geschehen mag, Kuba rückt vom Pfad (dem leninistisch-marxistischen) keinen Fingerbreit ab».**

Eine Machtübernahme der Konservativen im Kreml hätte dem linientreuen Leninisten Fidel Castro spürbare Erleichterung im Überlebenskampf gebracht. Und er hätte auch seine kubanischen Kritiker, die Reformen fordern, vor dem für Oktober angesetzten KP-Kongress zum Schweigen gebracht.

Seit Washington vor 30 Jahren ein Handelsembargo gegen Havanna verhängte, hielt sich Kuba nur dank der Wirtschafts- und Militärhilfe aus Moskau, dem Ex-Sowjetblock, über Wasser. 70 Prozent seines Aussenhandels wickelte es mit der Sowjetunion ab. Jetzt sind fast alle Güter rationiert.

George Bush in Washington sieht schon «Castro auf seiner Insel schwitzen». Boris Jelzin in Moskau hatte nach dem missglückten Putsch angekündigt, man wolle Kuba nicht länger alimentieren. Michail Gorbatschow zog jetzt nach:

Die Sowjetunion zieht ihr auf Kuba stehendes Militär, zivile und militärische Berater ab. Insgesamt soll es sich um 11 000 Personen handeln.

Der amerikanische Aussenminister James Baker sprach von einer «bedeutsamen Geste». Als Ausgleich dürfte die angeschlagene sowjetische Wirtschaft amerikanische Hilfe erhalten. Castro klagte, Havanna sei vom Kreml nicht konsultiert worden.

Die sowjetische Präsenz auf Kuba war eher symbolisch. Der Abzug ist ein deutliches Signal dafür, dass sich Moskau dem Druck von Washington beugt und das «letzte ideologische Fossil» in der westlichen Hemisphäre fallenlässt.

Das ist fast schon ein Wahlgeschenk an Bush, den die amerikanischen Medien «Präsident der Welt» nennen. Für Castro aber dürfte sich bald «Katastrojka» einstellen.

Im übrigen haben sich unlängst acht illegale Oppositionsgruppen auf Kuba zu einem Demokratischen Bündnis zusammengeschlossen. Das Bündnis will, laut seinem Vorsitzenden Yndamiro Restano, «seine Bemühungen für Frieden, nationale Versöhnung und echte Demokratie» verstärken.

Jacques Baumgartner

## AUS DER SFD

### Zwischenbericht Projekt «Danke»

**Bald ist es soweit! Die letzten Vorbereitungen für den grossen Tag des Empfangs unserer alliierten Gäste vom Golf sind bei uns – und wohl auch bei den Gastfamilien – abgeschlossen.**

Die vergangenen Tage aber waren um so hektischer, hatten wir doch noch 60 amerikanische Soldaten ihren jeweiligen Gastfamilien zuzuteilen. Letzte Fragen wurden gestellt; organisatorische Details mussten geklärt werden. Für zwei Soldaten, die unerwartet ihre Ferienwoche in der Schweiz absagen mussten, wurde seitens ihrer Truppenteile Ersatz gefunden; die schweizerischen Gastgeber mussten schnellstens informiert werden.

Grössere Pannen gab es, bisher, keine. Nur etwas Verwirrung bei seiner Gastfamilie, bei der zuständigen Botschaft und bei uns stiftete ein Truppenangehöriger, der allzu gerne einen Kollegen mit demselben Namen wie ein weiterer Gast – sogar der Dienstgrad war noch derselbe – mitgebracht hätte. Und selbst die so völlig unterschiedlich gehandhabten Abkürzungen der Dienstgrade und Truppenteile konnten – dank sozusagen internationaler Zusammenarbeit zwischen SFD, militärversierten Gastgeber, Botschaften und Truppen – eruiert werden. Für diese und weitere Hilfen seitens der Gastfamilien danken wir von Herzen!

Den nächsten Bericht lesen Sie im kommenden Zeitbild in zwei Wochen, wenn Ihre Gäste bereits wieder zu Hause oder bei ihren Einheiten sind. Wir wünschen Ihnen allen deshalb schon heute eine schöne Ferienwoche und hoffen, dass der Kontakt zu Ihren Gästen noch lange anhalten wird.

Monika Scherrer

Werner Witschi, Kunstmaler, Bildhauer und Filmschaffender

## Sonderfall, zur Hauptsache gut

In Europa gibt es fast nur Nationalstaaten, und die Schweiz ist da eine Ausnahme: ein kleiner Völkerbund mit vier Sprachen und 25 Staaten (Kantonen), die viel Eigenständigkeit besitzen. Mit ihrer Lage da, wo Rhone, Rhein und der Tessin entspringen, sowie mit ihren Alpenübergängen von Gottard und Simplon hat die Schweiz ferner eine verkehrspolitische und strategische Bedeutung von Rang.

In dieser Kombination ihrer Ausnahmestellungen stellt die Schweiz tatsächlich einen Sonderfall dar, und das hängt nicht von der Meinung gewisser Parteipräsidenten oder hoher Magistraten ab, sondern ist ganz einfach so.

Dann ist die Schweiz ein Sonderfall als kriegsverschontes Land; seit rund 170 Jahren hat sie kein äusserer Feind betreten; da haben unsere Nachbarn ganz anderes durchmachen müssen.

Zu Anfang dieses Jahrhunderts war die Schweiz noch ein armes Land. Sie ist heute zu ungewöhnlichem Reichtum gelangt, und so viel Mammon mit entsprechenden Belastungen ist nicht leicht zu verkraften. Auch fehlt es uns nicht an kulturellem Reichtum. Unsere Museen sind voll von wertvollen Plastiken und Gemälden besonders aus dem

19. und 20. Jahrhundert. Bern und Umgebung haben allein schon über 50 Kunstgalerien. Das Schweizerische Institut für Kunstwissenschaft registrierte für die Periode 1980 bis 1990 gleich 5000 Künstler, und einige Tausend sind nicht registriert worden.

Von eigener Prägung ist unsere Politik, unter anderm unsere Konsensdemokratie. Bund und Kantone haben Koalitionsregierungen. Das ist eine Ausnahme von der Regel, dass Grossparteien einander in Regierung und Opposition ablösen.

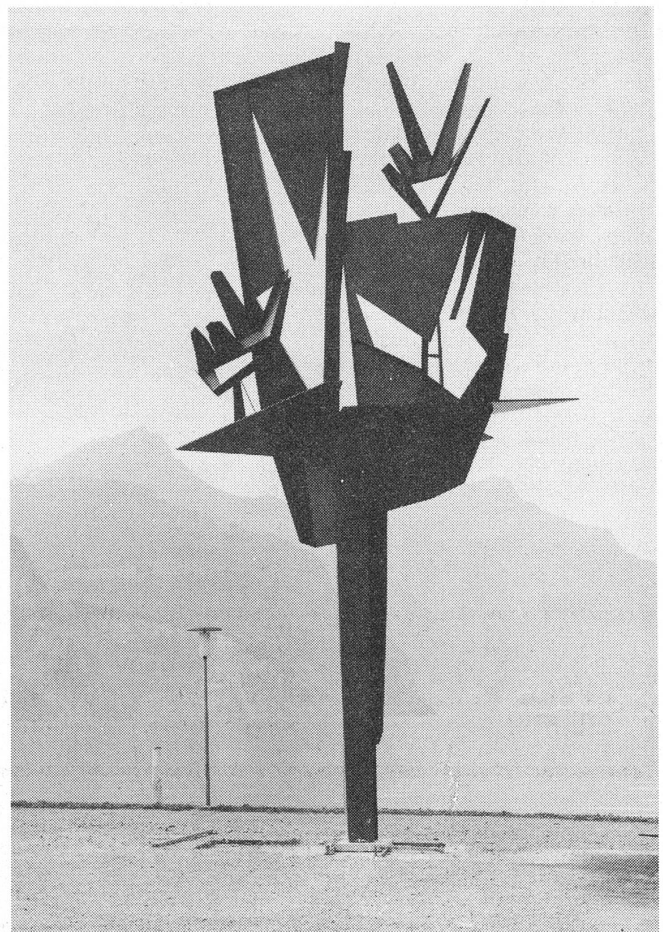
Unsere direkte Demokratie gibt dem Staatsbürger mehr Rechte als in irgend einem andern Land. Das hat freilich seinen Preis. Der beliebige Staatsbürger, alle paar Wochen zur Urne gerufen, kommt sich besser vor als der Bundesrat. Das ergibt eine Nivellierung, und die Achtung vor Grösserem oder Höherem geht auch sonst verloren. Wenn uns Rang und Würde nicht viel sagen, ist das etwas, aber etwas anderes ist es, wenn sich dafür eine üble Spiessbürgermentalität als massgeblich breit macht. Gerade das geht den Künstlern auf die Nerven; mir auch.

### Zum Autor

Grundsätzlich sehen wir auf diesen Seiten selbstverständlich davon ab, den einen Verfasser zu begrüssen und den andern nicht. Die heutige Ausnahme wird uns – da sind wir sicher – niemand verübeln. Denn Werner Witschi ist nicht nur ein international bekannter Künstler (der eben jetzt mehrere Ausstellungen in der Schweiz und in Deutschland hat), sondern auch ein Abonnent der ersten Stunde und mit seinen 85 Jahren der Doyen unserer Autoren. Sein Beitrag also ehrt und freut uns ganz besonders.

*Werner Witschi: Der Rütlichschwur, hier in Flüelen (Aufnahme: Aschwanden AG, Altdorf).*

*Das Werk, das sich in seiner Unverwechselbarkeit leicht im Gedächtnis einprägt, hat sich im Bewusstsein vieler Schweizer wohl «verselbständigt», aber sein Schöpfer ist unser heutiger Autor.*



Nur ist es eine falsche Reaktion, deswegen das Land zu verdammen und sich im Sinne einer dummen Modefloskel zum Systemveränderer zu erklären. Gerade dieses System der direkten Demokratie müssen wir bewahren, auch wenn wir sonst viel ändern müssen, denn vieles liegt im Argen.

Es gibt Sonderheiten an Rekorden: Wer weiss schon, dass die Schweiz, an ihrer Bevölkerungszahl gemessen, seit Jahrzehnten das höchstindustrialisierte Land der Welt ist, dass sie im Verhältnis am meisten Erfindungen vorzuweisen hat und dass es hier proportional am meisten Nobelpreisträger gibt; wer weiss das schon? Ferner dürfen wir an die Reihe weltberühmter Künstler, Schriftsteller und Architekten denken.

Andere Rekorde gibt es auch, Rekorde an Drogentoten und Selbstmorden, und sie stimmen mich traurig. Sind unsere Landsleute und speziell unsere Jungen überfordert? Es ist nicht so leicht, Schweizer zu sein. Ein Franzose oder ein Engländer haben ein natürlicheres Selbstbewusstsein. Der Schweizer ist so kompliziert wie sein Land.

Sollen wir, wie man uns empfiehlt, die grössten Hasser und Verspotter der Schweiz wirklich loben? Ich gestehe, dass mir dafür das Verständnis abgeht. Da gibt es sogar noch Wirrköpfe, welche die Schweiz abschaffen wollen. Es könnte ihnen aber geschehen, dass sie selber abgeschafft werden.

Dagegen ist es an der Zeit, all denen, die Fichen im Auftrag des Bundes geführt haben und deshalb verhöhnt worden sind, in aller Form zu danken, ganz besonders denen, die in der P 26 und P 27 mitgearbeitet haben. Ich bin froh darüber, dass sie für einen möglichen Ernstfall vorgesorgt haben. Solche Patrioten haben meine Hochachtung. Ihrer wollen wir im Jubeljahr dankbar gedenken, nicht der Meienbergs und Konsorten.

Um unser Land richtig zu verstehen, muss man bedenken, dass die Schweiz das dichtestbevölkerte Land Europas ist und dass es am meisten Fremde hat. Jeder siebente Bewohner ist Ausländer, in Bern jeder fünfte; über eine Million ist viel. Wenn es Leute gibt, die Rahmenbedingungen vorschlagen, will das noch gar nicht heissen,

dass sie Fremdenhasser sind. Die Schweiz ist durch die Vielgestaltigkeit seines Landes an Toleranz gewöhnt.

Nach meinem Dafürhalten ist die grösste Sünde der Schweizer ihre unmässige Bauwut. Seit etwa 20 Jahren wird jede Sekunde ein Quadratmeter Land für Häuser und Strassen verbaut. Eine schlimme Folge des Reichtums.

Schlimmer als die aufgebauchte Fichen-affäre war ferner die Reise eines Parteipräsidenten mit grossem Anhang zu Herrn Honecker, um ihm zu huldigen. Dass solche Leute es noch wagen, politisch aufzutreten! Ebenso schlimm waren die Lobhudeleien an die Adresse eines Ceausescus. Ich habe der SPS zu ihrem 100jährigen Bestehen gratuliert, und ich bin glücklich über jeden Sozialdemokraten, der sich mit Verantwortung in diesem Land engagiert. Aber es gibt in dieser Umgebung schon Leute, die sich auf Abbruch spezialisieren. So die GSoA, die Gesellschaft ohne Ahnung.

Sollen wir zur EG aufbrechen? Das hat keine Eile. Unsere Wirtschaft ist nicht nur mit Europa verbunden, sondern mit der ganzen Welt. Die EG hätte uns eigentlich als Modellfall nötig, und als solcher schwebt die Schweiz einem Vaclav Havel oder einem Michail Gorbatschow vor. Ja, die Schweiz ist ein mannigfacher Sonderfall, vor allem aber als kleiner Völkerbund in Europa und als direkte Demokratie.

Feiern wir also ruhig dieses Land! Wir sind Eidgenossen. Wiederholen wir den alten Eid mit neuem Mut! Ich mache das mit meiner Plastik «Rütlichswur» (in Flüelen und Lausanne).

«Dans l'histoire, la Suisse aura le dernier mot» hat ein französischer Schriftsteller des 19. Jahrhunderts gesagt. Vielleicht behält er recht. Wenn wir zusammenstehen. ■

## Federal District CH

Alle grossen, mehr oder weniger freiheitlichen Länder besitzen ein neutrales Territorium, das gleichzeitig die Hauptstadt ist. Ich denke hier an die USA (Washington DF), Mexiko (Mexiko DF), Brasilien (Brasilia DF), ja sogar das einwohnerschwache Australien mit Canberra, nebst weiteren Ländern.

Jetzt soll sich die EG so langsam von einem Staatenbund in einen Bundesstaat, hoffentlich in ein Europa der Länder, entwickeln. Da liegt es doch nahe, dass auch hier ein «Federal District» notwendig wird. Brüssel und Strassburg würden sich dazu nicht sehr eignen, weil zu klein. Luxemburg käme wohl in Frage, doch die Schweiz wohl noch mehr als Ganzes.

Die Gründe dazu liegen auf der Hand. Als Industrie-Standort ist die Schweiz eigentlich ungünstig gelegen. Unsere Ökologie ist wegen dem zu schlechten Klima heikler als viele andere Gebiete in D, F., den NL in B usw. Ausserdem sind wir hier nur schwer zugänglich. Als teuerstes Land, nicht nur von den Löhnen her, aber auch wegen des Luxus an den Arbeitsplätzen, hoher Mieten und extremer Landpreise, hätten wir bei offenen Grenzen keine Chance mehr, konkurrenzfähig zu bleiben.

Unsere Politik gegenüber Europa müsste dahingehen, dass wir im kleinen ein föderalistisches Experimentierfeld würden, wobei unsere Kantone die Rolle der zukünftigen Länder Europas wären. Ein sehr wichtiger Punkt wäre dann aber, dass man eine vierte Schicht von Regierungshierarchie vermeidet, die sich still einzunisten versucht. Im kleinen meine ich damit unsere Bundesregierung, Kantonsregierung, Amtsbezirksverwaltung und Gemeindeverwaltung. Im grossen wäre da die EG-Regierung, Regierung der Staaten wie F, I, D usw., dann die der Länder wie Bayern und dann vielleicht noch Bezirksverwaltungen und schliesslich die Gemeindeverwaltungen. Jede Schicht kostet viel Geld und produziert Leerlauf.

Nötig wäre da eine Unterteilung in Länder, die alle so ca. 6 bis 9 Millionen Einwohner umfassen sollten, wie z. B. in den Niederlanden Nord- und Südholland und als zweites Land der Rest, oder in Belgien der flämische und der französische Teil, in Spanien Katalonien, das Baskenland, Gallego usw. Alle diese Länder müssten dann gleichberechtigt in der EG-Regierung vertreten sein. Darunter gäbe es nur noch Grössgemeinden. Doch dies ist nur schwer durchzuführen. Die Schweiz müsste dies mit ihrem föderalistischen System vorüberprüfen, wobei wir natürlich noch um etliches effizienter werden müssten, ohne dabei unsere Grundsysteme zu ändern.

M. R., Bern

STEIGER  
DRUCK AG  
BERN



Moserstrasse 31  
3014 Bern  
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

# Unbewältigte Immigrationspolitik schafft Krisenlage

## 1. Blitz-Diagnose

Die Entwicklungs-Kurve der Schweizer Bevölkerung verläuft stabil, jene unserer ausländischen Wohnbevölkerung, insbesondere jene der um Asyl nachsuchenden hingegen ungebremst nach oben (siehe Grafik).

Die Zahl der eingereichten Gesuche hat sich von 1988 bis 1990 verdoppelt, derweil die bewilligten Gesuche einen immer kleineren Prozentsatz ausmachen. Nachdem die Zuwachsrate im ersten Halbjahr 1991 erneut 100 % ausmacht, ist unschwer zu folgern, dass die Dunkelziffer in unserem Land weilender, nicht registrierter Immigranten sich mindestens im gleichen Masse entwickelt.

Nicht die Zahl der rund 50 000 anerkannten Flüchtlinge ist Anlass zur Sorge, sondern die völlig ausser Kontrolle geratene Entwicklung bei den registrierten unechten Flüchtlingen sowie den illegal in unser Land eingereisten Immigranten. 75 Prozent der Asylbewerber werden abgelehnt. Von diesen wiederum werden nur zwei Drittel tatsächlich ausgewiesen, während ein Drittel unkontrol-

liert verschwindet, beziehungsweise untertaucht, was heute immerhin rund 5000 Personen jährlich entspricht. Heute lassen wir Steuerzahler uns dies 500 Mio Fr. jährlich kosten. Andere europäische Staaten wie beispielsweise Italien, Frankreich und England haben ihr Asylrecht markant verschärft und gar kurzfristig Massen-Ausweisungen verfügt (Albaner durch Italiener bzw. Nordafrikaner durch Franzosen), wir hingegen packen die Immigrationswelle mit Samthandschuhen an. Der schweizerische Ausländeranteil von 16 % stellt weltweit einen Spitzenwert dar; die Reizschwelle ist erreicht!

Eine humanitäre Flüchtlings-/Asylpolitik ist heute nicht mehr gewährleistet.

## 2. Prognose

Gemessen an der Entwicklung der eingereichten Gesuche in den vergangenen 3 Jahren, scheint die Zahl von 100 000 Gesuchen jährlich nicht mehr allzufern zu liegen, derweil der Prozentsatz bewilligter Gesuche immer geringer wird.

Diese grössere Zahl erfordert selbstverständlich auch höhere Kosten, d. h. dass wir bei Ausbleiben griffiger Massnahmen unsere untaugliche Immigrationspolitik bald 1 Mia Fr. kosten lassen dürften. Massnahmen wie Verschärfung der Ausweispflicht, halbherzige Verlängerung der Frist des Arbeitsverbotes sowie beschleunigte Behandlung der Gesuche sind reine Kosmetik und fördern zudem das illegale Ausweichen der Immigranten über die grüne Grenze, im übrigen verbunden mit einer Ausweitung des Drogenschmuggels!

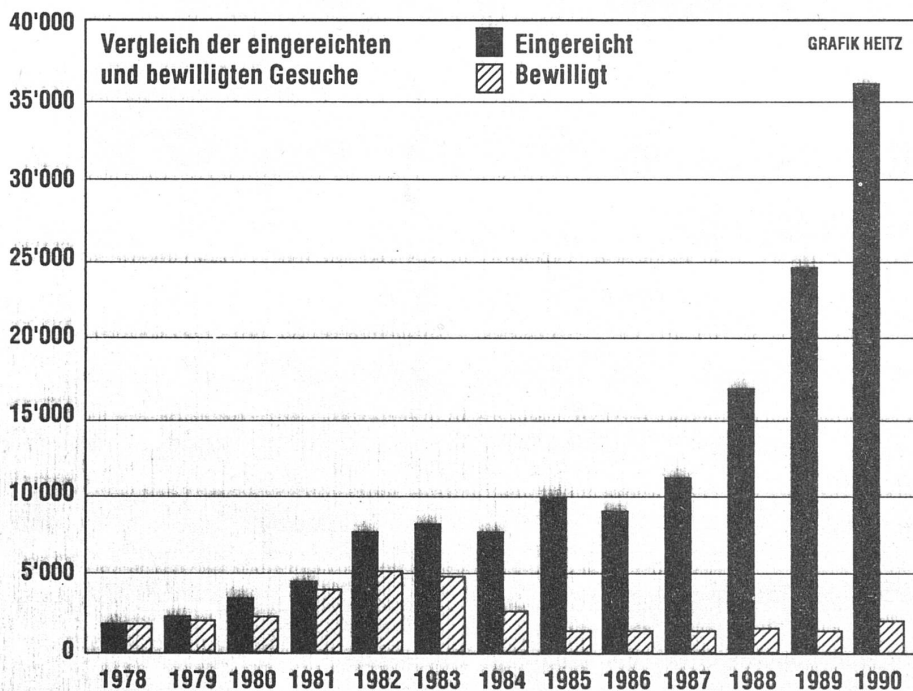
Bedenkt man, dass «Schwellenländer, die auf dem Weg zu Industriegesellschaften waren, hingegen wieder zurückgeworfen wurden, so dass die Zahl, der unter der Armutsgrenze lebenden Menschen weiterhin steigt» (Bericht 90 des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom 1. Oktober 1990, Seite 15), ist unschwer vor auszusehen, dass die weltweite Immigration noch zunehmen wird und sich zu einer ungebremsten eigentlichen Völkerwanderung entwickelt. Demnach stünden wir heute erst am Anfang einer «Springflut». Wenn nur 10 % (Weltorganisationen sprechen von einem höheren Prozentsatz) der Weltbevölkerung, 5 Mia Menschen, auf Wanderschaft gehen, entspricht dies einer Zahl des 100fachen unserer schweizerischen Bevölkerungszahl; beängstigende Dimensionen, will ich meinen! Die Zahl der eingereichten Gesuche, d. h. der in unserem Lande jährlich neu weilenden Immigranten, entspricht bald der Bevölkerung einer Stadt wie St. Gallen oder Winterthur!

Wenn es nicht kurzfristig gelingt, die Immigrationsflut durch ein taugliches Immigrationsrecht in den Griff zu bekommen, schlittert unser Land in eine eigentliche Krisenlage, da sozialer und religiöser Friede sowie die nationale Identität unseres Staates ganz allgemein gefährdet werden.

## 3. Postulate

Da unser Staat sich heute im strategischen Fall «erhöhter Migrationspannungen» in einer ausserordentlichen Lage im Sinne des sicherheitspolitischen Grundszenarios «Gewalt unterhalb der Kriegsschwelle» befindet, kann der langwierige demokratische Gesetzlegungsprozess nicht abgewartet werden, rasch greifende, griffige und dissuasiv wirkende Massnahmen tun Not. Diese Beurteilung ist Grundlage der folgenden 7 Postulate:

1. Schaffung demographischer «Grenzwerte».
2. Festsetzung jährlicher Immigrationskontingente, damit verbunden Begrenzung der Zahl zu behandelnder Gesuche.
3. Im Wartestatus
  - Schaffung unattraktiver gemeinnütziger Arbeitseinsätze bei sonstigem





- Arbeitsverbot während der ganzen Frist,
  - Verzicht auf Bereitstellung von Komfortunterkünften,
  - Errichtung und Betrieb von Grosszentren.
4. Die Ausschaffung abgewiesener Asylanten ist durch Eröffnung des Entscheids in einer Art geschlossenem Durchgangshaus sicherzustellen.
  5. Förderung eines europäischen Asylantenverbundes sowie eines Erstlandabkommens, verbunden mit Schubabkommen mit allen europäischen sowie europäisch assoziierten Staaten.
  6. Im Rahmen einer koordinierten Aussenwirtschaft-/Entwicklungs-Politik sind mit den Herkunftsländern Prophylaxe- sowie Repatriierungs-Szenarios zu entwickeln.
  7. Das Grenzschutzkorps ist durch Armee-truppen permanent zu verstärken, wobei durch geeignete Ausbildung eine Art Grenzschutzmiliz zu schaffen ist, welche als Piktverbände kurzfristig aufgebildet werden können. Die zivile Asylantenbetreuung ist durch Angehörige des Zivilschutzes zu verstärken.

*Hans-Jacob Heitz  
Kantonsrat, Winterthur*

## Wer verdient welche Regierung?

Der folgende Beitrag erscheint aus persönlichen Gründen anonym.

Meine vielen und ausgedehnten Reisen haben mir gezeigt, dass es kein Land auf dieser Erde gibt, in welchem derart wohlgeordnete politische, wirtschaftliche und soziale Verhältnisse herrschen wie in der Schweiz. Auch wird unser Land von Leuten regiert, bei denen Korruption so gut wie ein Fremdwort ist. Wir erfreuen uns einer besseren Ordnung wie sonst nirgendwo.

Und nirgends auf dieser Erde findet man auf so kleinem Raum so viel Schönes wie in unserer Schweiz. Wenn dennoch Leute, vorwiegend jüngere, nichts Gescheiteres zu tun wissen, als bei jeder Gelegenheit (der Zug fährt zwei Minuten zu spät ein!) an unseren Verhältnissen herumzunörgeln, so handelt es sich meist um solche, die entweder ihre Nase noch nie über unsere Grenzen hinaus gereckt haben oder aufgrund ihrer fehlgeleiteten politischen Ansichten darauf abzielen, das, was wir in den letzten fünfzig Jahren in harter Arbeit und zum Teil unter widrigen Verhältnissen erschaffen haben, zu zerstören, um nachher im trüben zu fischen.

Auch fühlen sich hin und wieder unbedarft Journalisten bemüht, unserem Bundesrat Führungsschwäche vorzuwerfen; bei dem was die Herren in Bern leisten ein absoluter Blödsinn! Vielleicht könnten sie schon noch mehr leisten, würden sie von unseren Regenbogen-Politikern nicht ständig mit diesen lächerlichen Fichen-, Fichen- und Puk-, Pukrufen von ihren sinnvollerer Arbeiten abgelenkt. Man sagt etwa: «Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient», aber wir Schweizer (von Eidgenossen wollen wir schon gar nicht mehr sprechen), haben unsere gegenwärtige Regierung wirklich nicht verdient...

Das langsame, vorsichtige Herantasten unserer mit den Verhandlungen in Brüssel beauftragten Bundesräte findet bei naiven Schweizern kein Lob. Dennoch ist dies richtig. Wir wollen wegen einiger eventueller wirtschaftlicher Vorteile unsere Freiheiten, unsere Neutralität keinesfalls opfern. Notfalls können wir die Verhandlungen in bezug auf den EWR ruhig scheitern lassen. Die EG verliert durch unser Abseitsstehen mehr als die Schweiz. Schauen wir doch auf die Handelsbilanz der EG.

Was weiter nicht zu verstehen ist, sind die ungerechtfertigten, masslosen Forderungen der Gewerkschaften. Sie werden nicht müde,

- mehr Lohn,
- mehr Sozialleistungen,
- mehr Ferien und
- weniger Arbeit

zu fordern. Und wenn dann der Arbeitgeber sein Produkt wegen der unerhört gestiegenen Lohnkosten nicht mehr absetzen kann und entweder schliessen oder ins billiger produzierende Ausland ausweichen muss, reden die Unkostentreiber von «schlechtem Management»! Wie lange dauert es wohl noch, bis auch diese Leute etwas von Betriebswirtschaft verstehen?

## BRIEFE

### Zum Gastbeitrag von Albert Stahel im Zeitbild 18/91

A. Stahel wirft den Autoren des Berichtes 90 zur Sicherheitspolitik vor, dass sie die weltpolitische Lage zu optimistisch beurteilt hätten. - Nur: Sollte die Auflösung des WAPA und der Zerfall der Sowjetunion, eingeschlossen der Roten Armee, kein Grund zu Optimismus sein? Zudem weist der Bericht 90 sehr wohl auf die Gefahr eines Rückfalls in die Konfrontation und auf das Auftauchen neuer machtpolitischer Gefahren hin. Dass auch im Rahmen einer sicherheitspolitischen Lagebeurteilung wirtschaftliche, demographische und ökologische Faktoren berücksichtigt werden müssen, leuchtet wohl jedem ein, der sich mit der Komplexität und Vernetztheit unserer Welt befasst.

Aus dieser umfassenden Problemanalyse folgert der Bundesrat richtigerweise, dass unsere Sicherheitspolitik nicht erst an der Landesgrenze beginnen darf. Sie soll vielmehr verstärkt zur internationalen Stabilität, vornehmlich in Europa, beitragen.

Mit militärischer Grenzsicherung und Objektschutz allein lösen wir die sicherheitspolitischen Probleme der Zukunft nicht, ja nicht einmal das projizierte Gespenst der Völkerwanderung aus dem Osten.

*Zentralstelle für Gesamtverteidigung  
Chef der Sektion Grundlagenstudien  
Dr. H. Braun*

## Bestellschein für Zeitbild

Ich bestelle ein Jahresabonnement **Zeitbild** zu Fr. 57.-  
(Ausland sFr. 62.-/DM 73.-). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

19/90

Bitte einsenden an **Zeitbild**, Postfach, CH-3000 Bern 6

## INHALTE KURZ AUS DER SOWJETPRESSE

### Das grosse Aufwischen

Die sowjetischen Zeitungen veröffentlichten in den letzten Tagen eine ausserordentlich grosse Zahl von Meldungen über personelle Umbesetzungen, Publikumsbefragungen, statistische Angaben, behördliche Massnahmen usw. Ausnahmsweise verzichten wir in der nachfolgenden Zusammenstellung auf die Quellenangaben.

#### Die sowjetische PUK

Die vom Parlament eingesetzte Kommission zur Untersuchung des Staatsstreichs vom 19. bis 21. August setzt sich aus folgenden Volksdeputierten zusammen: M. Abassow, E. Ajpin, P. Achunow, G. Woskanjan, V. Karjagin, J. Komarow, A. Korschunow, K. Lubentschenko, T. Momotowa, A. Obolenskij, W. Podsiruk, T. Pupkewitsch, K. Usenbekow, A. Tschuchrajew, V. Judin.

Die Kommission hat folgende Aufgaben:

- Untersuchung der Ursachen und der Ziele des Staatsstreichs, Feststellung der daran beteiligten Staatsstrukturen und Amtspersonen.
- Feststellung der Rolle gesellschaftlicher Organisationen und ihrer Organe bei der Vorbereitung und Durchführung des Staatsstreichs.
- Feststellung der Mängel der bestehenden Gesetzgebung, die die Vorbeugung und Unterbindung des Staatsstreichs behindert haben.

#### Generalstaatsanwalt über die Untersuchung

Die Untersuchung gegen die Putschisten wird vom Generalstaatsanwalt der RSFSR, Valentin Stepankow, geleitet. Seinen Ausführungen entstammen folgende Angaben:

Die Untersuchung wird von einer Gruppe von 75 hochqualifizierten Untersuchungsrichtern der Staatsanwaltschaft der UdSSR und der RSFSR durchgeführt. Die Gruppe steht unter der Leitung des Stellvertreters Stepankows, Jewgenij Lissow. Stepankow selbst hat die Oberaufsicht über die Gesetzmässigkeit der Untersuchung und über die Haftbedingungen. Im Zusammenhang mit dem Staatsstreich sind bis jetzt im ganzen in 20 Fällen Strafklagen erhoben worden. 14 Personen wurden verhaftet: G. Janajew, Vizepräsident, D. Jasow, Verteidigungsminister, V. Krjutsch, Vorsitzender des KGB, A. Tisjakow, Vorsitzender der Industrieassoziation, V. Pawlow, Ministerpräsident, O. Baklanow, Stv. des Vorsitzenden des Verteidigungsrates, V. Starodubzew, Vorsitzender der Bauernunion, V. Boldin, Leiter des Präsidentenapparats, O. Schenin, ZK-Sekretär, J. Plechanow, Chef der KGB-Verwaltung für Bewachung, Armeegeneral W. Warennikow, Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte, W. Generalow, Stv. Plechanows, Gruschko, 1. Stv. des KGB-Chefs, A. Lukjanow, Vorsitzender des Obersten Sowjets.

#### Neuer Präidentenschutz

Den Sicherheitsschutz des Präsidenten M. Gorbatschow übernimmt jetzt die neugegründete Verwaltung beim Apparat des Präsidenten, die auch für den Schutz von Präsident B. Jelzin besorgt ist. Zu ihrem Leiter wurde der KGB-Oberst Wladimir Redkobrodi ernannt. Diese Verwaltung ist vom KGB unabhängig.

#### Umbesetzungen an der Armeespitze

Beförderungen und neue Funktionen in der Armeeführung:

Marschall der Luftwaffe E. I. Schaposchnikow – Verteidigungsminister  
 Armeegeneral V. N. Lobow – Generalstabschef, 1. Stv. des Verteidigungsministers  
 Generaloberst P. S. Gratschow – Stv. des Verteidigungsministers  
 Generaloberst W. M. Semenow – Oberbefehlshaber der Landesstreitkräfte und Stv. des Verteidigungsministers  
 Generaloberst der Luftwaffe V. A. Prudnikow – Oberbefehlshaber der Luftverteidi-



Das grosse Aufwischen.  
 Bild ohne Legende aus  
 «Ogonjok», Moskau,  
 Nr. 35/1991.



Mit Skepsis im Kommen: der Wirtschaftsexperte Jawlinski, Mitglied der provisorischen Regierung.

gung und Stv. des Verteidigungsministers Generaloberst der Luftwaffe P. S. Djenekin – Oberbefehlshaber der Luftwaffe und Stv. des Verteidigungsministers  
Generalleutnant E. N. Podkolsin – Kommandant der Luftlandtruppen  
Generalleutnant W. M. Toporow – Kommandant des Moskauer Militärkreises  
Generalleutnant V. I. Mironow – Kommandant des Baltikum-Militärkreises  
Generalleutnant A. I. Sergejew – Kommandant des Wolga-Ural-Militärkreises  
Generalleutnant V. S. Tretjakow – Kommandant des Transbaikal Militärkreises  
Generalleutnant V. A. Kopylow – Kommandant des Sibirien-Militärkreises.

#### Parteiausschluss Gorbatschows

Die berühmte Nina Andrejewa, die schon lange vor dem Putsch mit ihren Artikeln und Auftritten die Reformer in der Sowjetunion scharf angegriffen hatte, leitet jetzt das Organisationskomitee der bolschewistischen Plattform der KPdSU. Dieses Komitee hat nun M. Gorbatschow aus der Partei ausgeschlossen «für den Verrat an der Sache Lenins und der Oktoberrevolution, für den Verrat der internationalen Arbeiter- und kommunistischen Bewegung». N. Andrejewa erklärte, dass dieser Beschluss von «rechten Kommunisten-Leninisten gefasst wurde, die jetzt das Schicksal der Leninischen Partei in ihre Hände nehmen».

#### Die Nachrichtenübermittlung zum Präsidenten

Nachdem es den Putschisten gelungen ist, den Präsidenten in der Krim völlig zu isolieren und sein Verbindungssystem zu unterbrechen, wird jetzt das Verbindungssystem des Präsidenten neu gestaltet. Um die Nachrichtenübermittlung zwischen den wichtigsten staatlichen und republikanischen Instanzen und Führungsorganen zu gewährleisten, ist beim Präsidenten ein Komitee für Regierungsübermittlung gegründet worden.

Diesem Komitee sind die entsprechende frühere Verwaltung des KGB sowie die Übermittlungstruppen übergeben worden.

#### Neue Chefredaktoren und Direktoren

Als Folge der Haltung während des Putsches finden zahlreiche Umbesetzungen in den Medien statt.

Neuer Generaldirektor der staatlichen Presseagentur TASS ist Vitalij Ignatenko, bisher Leiter des Pressedienstes des Präsidenten. Neuer Generaldirektor der Informationsagentur NOWOSTI ist Andrej Winogradow, bisher Leiter der Russischen Informationsagentur.

Jegor Jakowlew, der bisherige Chefredaktor der Zeitschrift «Moskowskije nowosti», ist zum Vorsitzenden der staatlichen Fernseh- und Radiogesellschaft ernannt worden. Seinen Chefredaktorposten übernimmt der bekannte Publizist Lew Karpinski. Chefredaktor der «Prawda» wird der bisherige 1. Stellvertreter Gennadi Selesnew. Die Versammlung des Arbeitskollektivs der Zeitschrift «Literaturnaja gaseta» hat dem Chefredaktor F. Burlazki ihr Misstrauen ausgesprochen und seine Absetzung verlangt.

Die bekannten und sehr populären Fernsehmoderatoren Tatjana Mitkowa und Dmitrij Kiselew, die vom bisherigen Fernsehdirektor Kravtschenko entlassen wurden, sind zum Fernsehen zurückgekehrt. Neuer Chefredaktor der Zeitung «Iswestija» ist I. Golem-bowski.

#### Veränderungen im Innenministerium (MWD)

Mit der Ernennung Viktor Barannikows zum neuen Innenminister der UdSSR sind verschiedene Veränderungen in diesem Ministerium verbunden.

Der bisherige Innenminister der RSFSR und Generalleutnant der Inneren Truppen tritt

entschieden für die Entpolitisierung des Innenministeriums MWD ein: «Die Polizei muss ausserhalb der Politik stehen. Unsere Sache ist die Bekämpfung des Verbrechertums.»

Offenbar steht eine Säuberung im Ministerium bevor, denn Barannikow sagte in einem Interview: «Leider sind nur wenige Offiziere aus der Umgebung von B. Pugo offen gegen das Putschkomitee aufgetreten . . . Ich will niemanden verfolgen, aber mit Gewissenlosen will ich nicht zusammenarbeiten.»

Gemäss Barannikows Konzeption geht der grösste Teil der Funktionen des zentralen Apparates des MWD auf die Republiken über. Er löste bereits die OMON-Einheiten in Riga und Vilnius auf. Der Chef der Moskauer Polizei, Nikolaj Schilow, wurde abgesetzt. General B. Gromow, der frühere Kommandant der Armee in Afghanistan und seit acht Monaten Stellvertreter Pugos, hat um die Versetzung zum Verteidigungsministerium gebeten. Seinen Platz nimmt jetzt Generalleutnant der Miliz Viktor Jerin ein, der bisher Stellvertreter des Innenministers der RSFSR war.

#### Die Streitkräfte

Unter dem Titel «Statistische Information zum Nachdenken» veröffentlichte «Iswestija» mit dem Untertitel «Stand am 1. Januar 1991» folgende Zahlen über die Streitkräfte:

Gesamtmannschaftsbestand	3,993 Mio
Abschussvorrichtungen für interkontinentale ballistische Raketen	1398
Ballistische Raketen auf U-Booten	940
Schwere Bomberflugzeuge	162
Kampfflugzeuge (Luftwaffe, Luftverteidigung, Kriegsmarine)	8207
Kampfpanzer	63 900
Schützenpanzer	76 520
Mehrfachraketenwerfer, Geschütze und Minenwerfer	66 880
U-Boote mit ballistischen Raketen	260
Atom-Unterseeboote	113
Grosse Kriegsschiffe	161

Truppen und Ausrüstung befinden sich in allen Republiken. Atomwaffen befinden sich nur auf dem Territorium Russlands, der Ukraine und Kasachstans. Standorte der strategischen Raketentruppen gibt es in allen Republiken ausser den Baltischen Republiken.»

#### Der neue Staatsrat

In der ersten Sitzung des neuen vom letzten Kongress der Volksdeputierten beschlossenen Regierungsorgans, des Staatsrates, wurde die Unabhängigkeit Estlands, Lettlands und Litauens offiziell anerkannt. Den Vorsitz führte Präsident M. Gorbatschow. Als Mitglieder des Staatsrates wurden nur B. Jelzin, N. Nasarbajew, L. Ter-Petrosjan und

S. Nijasow genannt. Als «zur Sitzung Einge-ladene» werden in den Pressemeldungen die Vertreter anderer Republiken sowie einige Minister der UdSSR genannt: W. Grinew (Ukraine), S. Schuschkewitsch (Weissrussland), A. Asatiani (Georgien), E. Kafarowa (Aserbeidschan), G. Kusnezow (Kyrgystan), N. Issanow (Kyrgystan), E. Savisaar (Estland), V. Bakatin (Chef KGB), B. Pankin (Aussenminister), I. Silajew (Vorsitzender des Komitees für operative Leitung der Volkswirtschaft), E. Schaposchnikow (Verteidigungsminister), G. Jawlinskij (Stv. Silajews im Komitee) und E. Primakow.

#### Der neue Aussenminister

Wegen undurchsichtiger und nicht abgeklärter Haltung von Aussenminister Bessmertnych wurde dieser durch Boris Pankin ersetzt. Er ist 1931 geboren. Während 20 Jahren war er in der Redaktion der Zeitung «Komsomolskaja prawda», davon acht Jahre als Chefredaktor. Seit 1973 leitete er die Unionsagentur für Urheberrechte. Seit 1982 war er als Diplomat tätig, als Botschafter in Schweden und zuletzt, seit 1990, als Botschafter in Prag.

#### Operatives Komitee statt Ministerkabinett

Nachdem der Kongress der Volksdeputierten gemäss Antrag Gorbatschows dem bisherigen Ministerkabinett sein Misstrauen erklärt hatte, setzte der Präsident mit einem Dekret «Für die Organisation, zusammen mit den Republiken, einer operativen Leitung der Volkswirtschaft des Landes» ein Komitee mit I. Silajew an der Spitze ein.

Weitere Mitglieder des Komitees sind: G. Jawlinskij (Stellvertreter), A. Wolskij, A. Luschkow. Silajew hat die Aufgabe, im Einvernehmen mit dem Präsidenten an die Spitze der wichtigsten Unionsministerien neue Leute zu setzen. Die erste Neuernennung betrifft das Unionsministerium für Volkswirtschaft, wo jetzt E. Saburow provisorisch die Leitung übernimmt.

#### Auch KGB wird gesäubert

Der frühere Innenminister der UdSSR, Vadim Bakatin, der vor einigen Monaten auf Druck von reaktionären Dogmatikern seinen Posten aufgeben musste, ist jetzt Mitglied des Sicherheitsrates und seit einigen Tagen Vorsitzender des KGB (Komitee für Staatssicherheit).

Bakatin ist in das berühmte Lubjanka Gebäude des KGB eingezogen, fühlt sich aber nicht besonders gut, weil er, wie er selbst sagte, «vorläufig praktisch niemandem voll vertrauen kann». Eine seiner ersten Handlungen im KGB war die Entlassung von General W. Prilukow, Chef der KGB-Verwaltung für Moskau und das Moskauer Gebiet.

Georg Bruderer

## Alexander Jakowlew

# Die Freiheit hat gesiegt

### Der Volksdeputierte der UdSSR im Gespräch mit den «Trud»-Korrespondenten, 3. 9. 1991

*Wir möchten mit Ihnen über die Ursachen des niedergeschlagenen Putsches sprechen, darüber, was der Demokratie geholfen hat zu siegen und darüber, wie man die Ergebnisse des Sieges nutzen soll.*

Konzeptionell bestand die Perestrojka zunächst aus zwei Elementen: Erstens war da die objektive Notwendigkeit von Veränderungen, die Einsicht, dass man weiter so nicht leben könne . . . Dies wurde besonders deutlich nach den Erfahrungen Andropows, der versucht hatte, auf administrativem Wege irgendwelche Reformen durchzuführen, aber mit denselben alten Kadern . . .

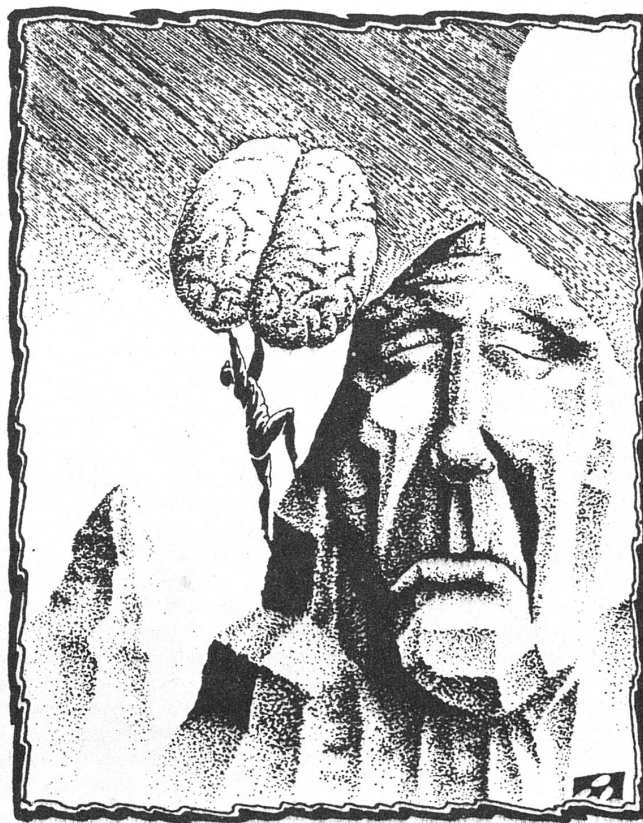
Dann kam der März 1985. Auch die alten Kräfte verstanden, dass ein Kompromiss

notwendig war, dass man einen Menschen der anderen Generation wählen musste . . .

Das zweite Element war emotional. Man musste sich dem neuen Herrscher günstig präsentieren, irgendwelche Reformen vorschlagen, viel darüber reden bis alle Beifall klatschten: «Hurra! Das neue Zeitalter ist gekommen!»

Und dann wollte man die ganze Pseudodemokratie langsam verschwinden lassen . . . Man sprach von grossen Veränderungen, wollte aber nur eine Verbesserung des Bestehenden. Etwas mehr wirtschaftliche Grundsätze, etwas Entsklavung, etwas im politischen Bereich korrigieren und für die Intelligenzia etwas tun, wenigstens nicht verbieten . . .

Dieser Versuch, die neue Qualität der Gesellschaft in die alten Strukturen hinein-



*Die erwiesene Unmöglichkeit: neues Hirn für versteinerten Kopf (Karikatur aus «Ogonjok», Moskau, Nr. 34/1991).*